

# Freunde der Kinder von Tschernobyl e.V. im Evangelischen Männerwerk Württemberg

70174 Stuttgart, Büchenstraße 37

Freitag, 25. Juni 2021

Herrn  
Bundesminister Maas  
Auswärtiges Amt  
Werderscher Markt 1  
10117 Berlin

Sehr geehrter Herr Bundesminister Maas,

als „Freunde der Kinder von Tschernobyl Württemberg“ e.V. ([www.tschernobyl-kinder-Stuttgart.de](http://www.tschernobyl-kinder-Stuttgart.de)) wenden wir uns heute an Sie, weil wir Angst und Sorge haben, dass die von der EU beschlossenen Sanktionen gegen Belarus die seit Ende des Kalten Krieges gewachsenen Beziehungen mit NGO's und Einzelpersonen nicht wiedergutzumachenden Schaden anrichten.

Unser Verein. leistet seit den frühen 90er Jahren humanitäre Hilfe in den verstrahlten Gebieten von Belarus. Motive waren die Betroffenheit über den GAU und der Gedanke von Versöhnung und Wiedergutmachung, den wir als Deutsche der Bevölkerung von Belarus gegenüber ausdrücken wollten.

Durch viele Kontakte über die Jahre mit Behörden, NGOs und Privatpersonen haben wir ein gutes Bild der Situation der Zivilgesellschaft in Belarus. Es verdient größten Respekt, dass sich immer wieder Bürgerinnen und Bürger zu Initiativen zusammenschließen, sich für ihr Land engagieren und sich immer wieder trauen, öffentlich das herrschende Regime zu kritisieren und auf die Straße zu gehen, um Veränderungen zu erzwingen. Wir wissen aber auch, dass die meisten Menschen direkt oder indirekt beim Staat arbeiten. Neben der sowjetisch geprägten Behördenstruktur liegen große Betriebe, das Bildungswesen, das Gesundheitswesen, Sozial- und Jugendhilfeeinrichtungen in Händen des Staates und in vielen Familien gibt es Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes und Verschlechterung ihrer ohnehin bescheidenen Situation.

Viele Belarussinnen und Belarussen wollen nicht Teil Russlands werden. Sie wollen ihre Selbständigkeit behalten, als Nation wahr- und ernstgenommen werden und nicht Spielball der Weltmächte sein. Vor diesem Hintergrund müssen die Maßnahmen der europäischen Gemeinschaft so ausgerichtet werden, dass das Land nicht isoliert wird. Im Gegenteil: Es sollten Projekte gefördert werden, die eine Verbindung mit der europäischen Gemeinschaft, besonders aber mit Deutschland festigen. Die europäische Union sollte NGO's und alle Kräfte

unterstützen, die für ein neues, zivilgesellschaftliches Denken eintreten, um für alle Belarussinnen und Belarussen neue Perspektiven aufzuzeigen.

Sehr wichtig ist dabei, dass Reisen in beiden Richtungen weiter möglich sind. Die beschlossenen Sanktionen, besonders der Stopp der Flüge von und nach Belarus, behindern bereits jetzt schon stark unsere Arbeit und die vieler anderer europäischer NGO's und Privatpersonen. Sie treffen die Zivilbevölkerung in besonderem Maß. Sie führen dazu, dass Belarus isoliert und noch abhängiger von Russland wird.

Wir bitten, diese Gedanken bei den weiteren Entscheidungen zu berücksichtigen und vor allem das Flugverbot zu revidieren.

Diesem Brief auch eine Erklärung beigefügt, die die „Freunde Nadeshdas in Deutschland“ e.V. zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion verfasst haben. Wir sind Mitglied dieser Dachorganisation und damit Teilhaber eines seit 26 Jahren bestehenden vorbildlichen Kindererholungszentrums ([www.nadeshda.by](http://www.nadeshda.by)) für Tschernobylkinder im Norden von Belarus.

Mit freundlichen Grüßen

Heinrich Korn  
Vorsitzender